

16.11.2015

Fluchtursachen: "Wir müssen alle handeln!"

Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller (CSU) beim Zukunftsforum von MdB Stephan Mayer in Waldkraiburg

von Robert Attenhauser

Waldkraiburg. Der Bund muss mehr in die Bekämpfung von Flucht-Ursachen investieren, die Bürger können mit fair gehandelten Produkten dazu beitragen, das waren die Hauptaspekte beim Zukunftsforum "Deutsche Entwicklungshilfe – ein Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen?" von MdB Stephan Mayer (CSU) mit Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller (CSU). 150 Besucher waren dazu am Freitagabend in das Haus der Kultur gekommen.

"Es geht nicht nur um Geld, sondern in besonderer Weise auch um die Stabilisierung der Länder", schilderte MdB Mayer die Zielrichtung der Entwicklungshilfe. Die Zuwanderung sei nicht an der bayerisch-österreichischen Grenze zu regeln – vielmehr durch Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort. Beim Bekämpfen der Fluchtursachen spiele die Entwicklungshilfe eine besondere Rolle. Hier sei Deutschland "auf einem guten Stand", könne aber noch mehr tun. Das von der UN gesteckte Ziel, 0,7 Prozent der jeweiligen Staatshaushalte in die Entwicklungshilfe zu investieren, sei hierzulande noch nicht erreicht. Derzeit liegt Deutschland mit etwa 0,4 Prozent im europäischen Mittelfeld. Dazu kommt die ehrenamtliche Hilfe auch in der Heimat: Für Mayer ist dieses Engagement eine "schöne Visitenkarte, die Deutschland abgibt". Ihm zufolge wären die staatlichen Strukturen ohne diese Hilfe nicht in der Lage, die Aufgabe zu meistern.

"Wir müssen alle handeln", sagte Entwicklungshilfeminister Müller, von MdB Mayer als "CSU-Außenminister" bezeichnet. Für Müller geht es um nichts anderes als die "Zukunft unseres Planeten". "Wenn wir die Probleme nicht gemeinsam lösen, kommen sie zu uns", sagte Müller – auch angesichts eines Weltbevölkerungszuwachses von 80 Millionen Menschen jährlich. Müller hält eine Welt ohne Hunger für möglich – auch mit Hilfe von Innovationszentren in armen Ländern, die "konkret zeigen", wie innerhalb von fünf Jahren eine Lebensmittel-Produktion verdoppelt werden könne.

Jeder Bürger kann seinen Beitrag leisten

Zwar gibt es Müller zufolge das "Ressourcenproblem": die reichen 20 Prozent der Welt-Bevölkerung verbrauchen 80 Prozent aller Ressourcen. Ein fairer Handel könne helfen. "Schauen Sie, was Sie einkaufen. Da kann man konkret anfangen", so Müller. Jeder könne "Schritt für Schritt das eigene Denken und den Konsum umstellen" - anstatt sich von Konzernen beim Konsum "manipulieren" zu lassen. "Ein bissl Grips, nicht alles mitmachen, dann kommen wir gemeinsam voran", sagte der Minister. Faire Produkte seien auch etwas die öffentlichen Stellen (Behörden) – ein Milliardenmarkt.

Minister Müller gab sich zur Flüchtlings-Situation überzeugt: "Wir können nicht Millionen aufnehmen" - auch wenn es ein "Maß an Verantwortung" gebe. Er begründete die Beschränkung mit einem "vernünftigen Ablauf" von Integration, ehrenamtliche Helfer könnten nicht über Jahre überstrapaziert werden. Für Müller ist "europäische Solidarität" gefordert – ebenso flexible Regelungen für arbeitswillige Flüchtlinge. Müller forderte andererseits auch die Bereitschaft der Unternehmen zur Einstellung von Flüchtlingen. Neben den Europäern müssten unter anderem auch Amerika und die arabischen Staaten helfen.

Müller sagte auf Kritik aus dem Publikum an Preisdumping in Entwicklungsländern durch Exporte, die EU habe die Exportsubventionen von einst zwölf Milliarden auf null Euro zurückgefahren und die Märkte für Entwicklungsländer "komplett geöffnet". Durch das Freihandelsabkommen TTIP dürften diese Länder nicht benachteiligt werden.

Für den CSU-Politiker und Mühldorfer Berufsschulleiter Max Heimerl ist das Erlernen der deutschen Sprache eine Grundvoraussetzung für Integration. Er forderte Erleichterungen beim Einstellen von Lehrern. Dem stimmte MdB Mayer zu. Die Voraussetzung eines Zertifikats für Deutsch als Fremdsprache als Lehrvoraussetzung sei nicht mehr leistbarer "Luxus". Bei der Einstellung pensionierter Lehrer könne Bayern auch vom Land Berlin lernen, das die Zuverdienstgrenze auf 50 Prozent angehoben habe. Heimerl zufolge muss die Regierung hier auf einen "Krisenmodus" umstellen.

Werner Bohrer vom Hilfsverein für das Kinderdorf Guarabira in Brasilien beklagte das Fehlen von Werten in dieser Welt. Für Bohrer ist es "selbstverständlich", Menschen aus Kriegsgebieten aufzunehmen. Die Migrations-Potentiale seien vielfältig – wo aber solle man eine "rote Linie" bei der Flüchtlingsaufnahme ziehen?. Für Mayer gibt es "keine einfachen Rezepte". Angesichts von weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht müsse Hilfe an den Wurzeln in den Herkunftsländern beginnen. Der aktuelle Zustrom nach Deutschland sei aber nicht durch Aussagen der Bundeskanzlerin, sondern durch Perspektivlosigkeit zustande gekommen. Bohrer sah eine "große Klammer" durch die Entwicklungshilfe-Politik. Heimerl hatte "wieder das Gefühl, dass die Politik das Heft des Handelns wieder in den Griff bekommen hat". Mayer warnte vor Forderungen nach einem militärischen Einsatz in Syrien. Der Bürgerkrieg dort sei durch Diplomatie zu lösen, nicht aber durch Soldaten.

URL: http://www.pnp.de/nachrichten/heute_in_ihrer_tageszeitung/bayern_oberbayern/1872712_Fluchtursachen-Wir-muessen-alle-handeln.html

© 2014 pnp.de